

Lobbyarbeit in OWL

IPPNW-Mitglieder sprechen Abgeordnete an

Wir, die Gruppe Bielefeld/Ostwestfalen-Lippe der IPPNW haben uns in Coronazeiten per Skype getroffen und überlegt, wie wir uns in der Friedensbewegung einbringen könnten. Die Diskussion um den Ersatz der Tornado-Flugzeuge der Bundeswehr und den Kauf neuer Flugzeuge, z. B. der F 18 Super Hornet, die den Einsatz der in Büchel gelagerten atomaren Waffen ermöglichen soll, war der Anlass, den Bundestags- und Landtagsabgeordneten in Ostwestfalen-Lippe einen Brief zu schreiben mit der Bitte, die ICAN-Erklärung für Abgeordnete zu unterschreiben.

Von der IPPNW-Geschäftsstelle haben wir eine Tabelle der Europa-, Bundestags- und Landtags-Abgeordneten bekommen; hier waren diejenigen markiert, die die Erklärung schon unterschrieben hatten. Wir haben einen an jede*n persönlich gerichteten Brief in das Wahlkreisbüro geschickt und die ICAN-Broschüre „Atomares Deutschland“ sowie das ausgedruckte ICAN-Formular für Abgeordnete zum Unterschreiben beigefügt. Unterschrieben haben Angelika Claußen als IPPNW-Europapräsidentin und viele Kolleg*innen; wir hatten alle Mitglieder unserer IPPNW-Gruppe und der Gruppe „Health for Future“ um ihre Unterschrift gebeten.

Nach drei bis vier Wochen haben Gruppenmitglieder jeweils bei einigen Abgeordnetenbüros angerufen. Zu der Zeit waren viele Büros nur teilweise besetzt. Die Mitarbeiter*innen waren immer sehr freundlich. Teilweise sagten sie, der Brief sei nicht gekommen, dann haben wir noch eine Mail als Kopie gesendet. Danach konnten wir alle immer mit den Mitarbeiter*innen im Wahlkreisbüro sprechen, bzw. bekamen Antwort per Mail. Eine Mail mit einem positiver Grundton und dem Versprechen, das „Anliegen zu überdenken“, war die häufigste Antwort.

Bei mehreren Abgeordneten (besonders von der CDU) lagen die Hauptbedenken in der atomaren Teilhabe und in der Mitgliedschaft in der NATO. Hier konnten wir zumindest unsere Argumen-

te vortragen, dass der Bundestag ja bereits 2010 einen Beschluss gefasst hat, dass die amerikanischen Atomwaffen nicht mehr auf deutschem Boden gelagert werden sollen. Einige Länder der NATO haben einen ähnlichen Beschluss ausgeführt. Der Verbleib in der NATO steht nicht zur Debatte, eher eine Unterstützung des Beschlusses der NATO von 2016, dass „Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen wichtige Ziele der NATO sind“. Einige wollten auch mit Kolleg*innen aus ihrem Wahlkreis sprechen. Insgesamt war unser Eindruck, dass eine solche Aktion überall sinnvoll sein könnte. Sie bietet die Möglichkeit, mit lokalen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Sie hören den Bedenken aus ärztlicher Sicht durchaus zu. Einige Abgeordnete hatten wir schon vor dieser Briefaktion besucht – drei von ihnen hatten bei dieser Gelegenheit schon unterschrieben.

*Dorothee Elgeti,
IPPNW-Regionalgruppe Bielefeld/Ostwestfalen-Lippe*